

(Beifall bei der PDS/Linke Liste – Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Höchst schwach!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Wolfgang Mischnick das Wort.

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles zum Ausdruck gebracht worden, was von uns allen gleich gesehen wird: Erfahrungswerte, Notwendigkeiten. Ich will mich bemühen, ein paar Gesichtspunkte anzufügen, die ergänzend auf einiges hinweisen sollen.

Ich bin in letzter Zeit sehr viel von Ausländern gefragt worden: Wie war es eigentlich möglich, daß es nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur so lange gedauert hat, bis in dem, was die DDR war, der entsprechende Widerstand zur Beseitigung des Systems führte? Es sollte eine wichtige Aufgabe der Kommission sein, auch die Gesamtzusammenhänge aus den letzten 40, 45 Jahren mit sichtbar zu machen. Wir müssen uns davor hüten, daß die Kommission in erster Linie oder ausschließlich den innenpolitischen Teil – den ich für den wichtigsten halte – betrachtet. Sie muß sich vielmehr darüber im klaren sein, daß das Ergebnis dieser Enquete-Kommission auch international gesehen und beachtet wird. Das bedeutet für mich nicht, daß die Kommission nun bis in die letzte Einzelheit hinein alles, was in der Vergangenheit geschehen ist, auch entsprechend aufarbeiten muß. Aber es muß sichtbar werden, welche internationalen Zusammenhänge mit der nationalen Entwicklung verbunden waren. Dazu lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen. Dann wird nämlich auch die Bemerkung, die wir eben hörten, daß wir bei dieser ganzen Arbeit von Moral und Autorität der Siegermächte bestimmt seien, in sich zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß wir 1945 beginnen müssen, mit den vier Besatzungszonen und ihren unterschiedlichen Entwicklungen. Wir müssen berücksichtigen, wie der Versuch gemacht wurde, auch in der sowjetischen Besatzungszone eine demokratische Struktur aufzubauen. Es ist kein falscher Ansatz, wenn man darauf hinweist, daß der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946 für die beiden anderen politischen Kräfte, die es damals gab, eine Schwächung bedeutete. Das hat nichts damit zu tun, daß wir davon etwas wegwischen wollen. Im Gegenteil: Wir müssen natürlich hinzufügen, daß von Kurt Schumacher von der späteren Bundesrepublik, den damaligen drei Westzonen, aus versucht worden ist, den Zusammenschluß zu verhindern, daß es Hunderte und Tausende von SPD-Mitgliedern gab, die das nicht mitgemacht haben, die versucht haben, woanders Zuflucht zu finden. Aber umgekehrt gab es Tausende und Hunderttausende, die in die Einheit gegangen sind und damit die anderen Kräfte, die damals noch die Hoffnung hatten, ein demokratisches System zu schaffen, in ihren Bemühungen geschwächt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Auch das müssen wir in aller Ruhe untersuchen und uns damit auseinandersetzen.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Es gab keine Abstimmung darüber! Die sind unter Zwang hineingegangen!)

– Genau das ist der Punkt, wo die Untersuchungen ansetzen müssen. Man muß deutlich machen, wo der Ausgangspunkt war.

Es muß dann aber auch Klarheit darüber geben, daß das zu Entwicklungen führte, die es 1949 leichter machten, den DDR-SED-Staat in dieser Form zu bilden. Dazu gehört – das halte ich für ein ganz gewichtiges Kapitel –, daß man den Beginn der Freien Deutschen Jugend 1946 sehr sorgfältig untersucht. Denn machen wir uns nichts vor: Mit dieser Staatsjugend, die eingeführt wurde, wurde die Voraussetzung geschaffen, daß man über Jahrzehnte jungen Menschen das einimpfen konnte, was zumindest zum Dulden, zum Mittragen geführt hat, zum Glauben daran, daß es doch der richtige Weg sei. Man muß untersuchen, was es bedeutet hat, daß 1946, als die FDJ gegründet wurde, HJ-Führer pauschal übernommen wurden unter dem Motto: Entweder ihr macht mit, oder ihr geht in Haft. Warum sage ich das? Daß man daraus die Lehren für die Zukunft zieht und sichtbar macht, wo man bei Weichenstellungen aufpassen muß, die für die künftige Entwicklung vielleicht gefährlich sein könnten.

Das bedeutet doch, daß man das Erziehungssystem anpacken muß. Ein einzüiges, ein einheitliches Erziehungssystem birgt immer in sich, daß die Gefahr größer wird, daß Diktaturen Zugriff auf alle haben. Ein pluralistisches Erziehungssystem, wie wir es für richtig halten, hat eine größere Chance, solchen Gefahren zu wehren. Auch das als Erfahrungswert sichtbar zu machen scheint mir notwendig zu sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich gehe auch nicht darüber hinweg, daß man natürlich die Ministerpräsidentenkonferenz in München untersuchen muß: daß es damals Einwirkungen von außen gab, um manche Dinge, die man damals noch versucht hatte zu bewegen, nicht in die richtige Richtung zu bringen.

Wir war doch die Parole: Die Partei hat immer recht. Ganz nebenbei: Auch Parteitage haben nicht immer recht. Was will ich damit sagen? Es muß herausgearbeitet werden, daß in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat die Staatsgewalt nicht von einer einzelnen Gruppierung ausgeübt werden darf.

(Freimut Duve [SPD]: Das ist die Privatisierung des Staates!)

Hier muß es vielmehr eine Trennung geben. Ganz nebenbei: Daß es bei absoluten Mehrheiten auch in unserem Bereich manchmal Gefahren gibt,